(Präsidentin Friebe)

- (A) bitte ich um das Handzeichen. - GRÜNE und F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD. Enthält sich jemand der Stimme? - Enthaltung bei der CDU. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Einzelplan 13 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 11/8013 auf. Wer der Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und CDU, auch die F.D.P. Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Enthaltung bei den GRÜNEN. Damit ist dieser Beschlussempfehlung ebenfalls in zweiter Lesung gefolgt und der Einzelplan 13 verabschiedet.

Vizepräsident Dr. Klose: Ich rufe Nummer 10 auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1995

- (B) Hinzuweisen ist erstens auf die Beschlussempfehlungen in Gestalt der Drucksachen 11/8012, 11/8016 und 11/8000 sowie die Änderungsanträge, hier: die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157 mit den Teilbereichen 11 und 15.

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile das Wort Herrn Kollegen Dautzenberg für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dautzenberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 20, dem ich hier meine Ausführungen widmen werde, ist der größte Einzelplan. An sich hätte er, weil er die überwiegenden Finanztransaktionen deutlich macht, auch vom Zeitablauf der parlamentarischen Beratung her in den nächsten Jahren einmal einen anderen Stellenwert verdient. Gerade im Einzelplan 20 spiegeln sich die finanziellen Nervenstränge der Finanzwirtschaft des Landes wider.

Herr Finanzminister, wir müssen uns vorweg darauf verständigen, wie wir hier miteinander umgehen, wie wir die Beratungen vollziehen, ob wir polemisch vorgehen, wie das an sich bei den Haushaltsdebatten im Bundestag von den finanzpolitischen Sprechern der SPD praktiziert worden ist. (C)

(Oho-Zurufe von der SPD)

So könnte ich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt einsteigen: Wenn das der Maßstab ist, fangen wir einmal bei 120 Milliarden DM Gesamtverschuldung an - so hat das Frau Matthäus auch ausgeführt - und rechnen das um auf den Tag, was die Zinsausgaben anbelangt - dann sind das 23 Millionen -, rechnen das um auf die Stunde - dann ist das pro Stunde 1 Million für die Zinslasten -, dann sind das pro Wimpernschlag in der Sekunde 265 DM. So können wir an sich fortsetzen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Der neue Sprecher hat Niveau!)

Wir können weiterhin sagen: Ohne eigene Leistung - ich müßte fordern: Bleiben Sie weiter passiv! - verbessern wir unsere Haushaltssituation, indem die Ausgabensteigerung von 4,1 % auf 3,1 % sinkt. Denn eine verschlechterte Steuereinnahmesituation von 520 Millionen DM führt dazu, daß wir weniger in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen haben. Durch Passivität des Finanzministers verbessert sich an sich schon die Ausgangslage für das Land Nordrhein-Westfalen - eine scheinbar schizophrene Situation. (D)

Da wir im gegenseitigen Miteinander trotz harter Auseinandersetzungen uns respektieren, sollten wir diesen Stil nicht pflegen, sondern ernsthaft miteinander umgehen und fragen: Wo sind die eigenen Leistungen, Herr Kollege Frechen, außer Anträge zu stellen, die andere Dinge betreffen?

Dann fangen wir einmal mit der Struktur des Haushaltes und vor allen Dingen im Einzelplan 20 mit der Struktur der eigenen Einnahmesituation an.

Heute morgen wurde bei den Einlassungen zum Einzelplan 08 - Wirtschaftsminister - schon deutlich, daß Nichtstun des Landes in bezug auf Strukturveränderungen die Einnahmesituation ver-

(Dautzenberg [CDU])

- (A) schlechtert hat. Das sind auf lange Sicht aufgrund der Wachstumslücke jährlich Steuereinnahmeausfälle von 4,5 Milliarden DM, wenn man als Maßstab den Durchschnitt des Wachstums der westdeutschen Länder nimmt und diesen mit dem vergleicht, was in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen an Wachstum erreicht worden ist. Diese Wachstumslücke hat dazu geführt, daß wir über Jahre hinaus jährlich 4,5 Milliarden DM weniger an Steuereinnahmen haben, weil das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen nicht mit dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer Schritt gehalten hat.

Meine Damen und Herren, Sie können das nicht nur darauf zurückführen, daß wir Probleme bei Kohle und Stahl hatten. Das nehmen Sie immer als Entschuldigung für die Gesamtverschuldung des Landes in Höhe von 120 Milliarden DM. Sie sagen: Hier gab es immer besondere Herausforderungen wegen der Strukturprobleme bei Kohle und Stahl, die dazu geführt haben, daß die Gesamtverschuldung des Landes so hoch ist.

Es bringt auch nichts, daß ständig Klage gegen Bonn geführt wird, weil dort aus Ihrer Sicht nicht genügend für das Land Nordrhein-Westfalen getan wird. Denken wir doch einmal darüber nach, wie wir selbst unsere Situation verbessern können, anstatt immer in Richtung Bonn zu klagen.

(B)

Was ist bisher zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur getan worden? Reicht das aus, was komplementär zu EG-Mitteln zur Verfügung gestellt worden ist? Reicht es aus, daß Sie eine politische Rücklage dazu nutzen, Investitions- und Infrastrukturmaßnahmen in den Jahren 1995 und 1996 zu finanzieren? Und wie sieht es beispielsweise hinsichtlich der Schwerpunktsetzung im Einzelplan 20 aus?

Bei der finanziellen Enge des Landes ist es unverantwortlich, daß es im Einzelplan 20 immer noch einen sogenannten Fonds zur Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit für die Einzelpläne in Höhe von 10 Millionen DM gibt. Den könnte man als erstes streichen.

Herr Finanzminister, wie ehrlich und wie seriös wir mit Ihnen umgehen, zeigt auch, daß wir es uns hätten einfach machen und zur Finanzierung unserer Schwerpunkte den Antrag stellen können, die Rücklage aufzulösen. Wir haben uns aber nie

in die Definition Ihrer politischen Rücklage begeben, die an sich nichts anderes als die Vorwegnahme von Schuldenmehrnahmen der vergangenen Jahre darstellt, um jetzt die Neuverschuldung kommender Jahre künstlich zu reduzieren. Wir hätten es uns also einfach machen und sagen können: Für all die Maßnahmen, die wir zur Umgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen verlangen - innere Sicherheit, Polizei, Schulpolitik -, machen wir den Finanzierungsvorschlag, einfach Ihre politische Rücklage aufzulösen. Wir wären ja auch gut beraten, die Rücklage sofort aufzulösen, weil sich seit einiger Zeit die Zinsstruktur nicht mehr invers darstellt und dieser Zinseffekt zur Finanzierung des Haushalts jetzt eine teurere Lösung ist.

(C)

Ein weiterer Aspekt ist die Zuführung zum Grundstock. Die Kollegin Hieronymi hat heute schon deutlich gemacht, was alles darüber finanziert wird. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen, das eine solche Finanzenge hat, kann sich meines Erachtens eine Zuführung zum Grundstock nicht leisten, sondern müßte sich darauf beschränken, nur das für zukünftige Käufe zur Verfügung zu stellen, was aus dem Erlös aus dem Verkauf landeseigener Liegenschaften bereitsteht. Eine weitere Zuführung müßte meines Erachtens ausgeschlossen sein.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch der Sinn des Grundstücksfonds!)

- Herr Kollege Trinius, hier geht es um die Frage der zusätzlichen Zuführung zum Grundstock, und zwar über das hinaus, was an Erlösen durch Verkäufe erzielt wird. Ich meine, bei der finanziellen Enge können wir uns das nicht leisten.

Wir haben aufgrund der Spezifikation im Haushaltsrecht bei allen Einzelplänen für die verschiedensten Aufgaben und Ausgaben für Beträge von 5 000 DM, 10 000 DM Einzelveranschlagung.

(Zuruf des Ministers Schleißer)

Den Grundstock aber fahren Sie genau anders, indem Sie Ausgaben für den Erwerb von Liegenschaften für den Bedarf des Landes in Höhe von 100 Millionen DM nicht im Einzelplan ausweisen, sondern über den Grundstock finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

(Dautzenberg [CDU])

- (A) Alle Zwischenlösungen - das gilt auch für die Frage der Verwendung des Ständehauses - wären gar nicht realisierbar gewesen, wenn Sie die Möglichkeiten über den Grundstock nicht gehabt hätten.

(Abgeordneter Stump [CDU]: Ein Trauerspiel!)

Wir sind dafür, daß auch beim Erwerb von Landesliegenschaften von über 3 Millionen DM die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses und die Zustimmung des Landtags erforderlich sind. Es macht nämlich keinen Sinn, daß Sie den Landtag bezüglich Ihrer Steuerung über den Grundstock beim Erwerb von Grundstücken nicht mehr zu fragen brauchen, daß beispielsweise Festlegungen zwischen dem MAGS und der Staatskanzlei den Landtag nicht mehr erreichen und Sie alles über den Grundstock finanzieren.

- (B) Ein letzter Punkt! 1993 haben Sie, Herr Finanzminister Schleußer, für den Haushalt 1994 eine große Privatisierungswelle angekündigt und gesagt, daß auch über den Haushalt die Sanierung erreicht werden soll. Noch Anfang September haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuß erklärt, daß Sie demnächst ein Konzept vorlegen, aus dem hervorgeht, was alles privatisiert werden soll. Bisher ist bis auf kleine Beteiligungen - Deutsche Revision und Treuarbeit AG, Kreditanstalt - nichts privatisiert worden.

Sie sollten vorsichtig sein, daß Sie jetzt nicht vom Ankündigungsminister zu einem Ankündigungsminister-Weltmeister gerade in der Frage der Privatisierung werden. Ich meine, es wäre angebracht, daß Sie das, was Privatisierung angeht, ernster nehmen und die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg bringen.

Um es noch einmal zu betonen, meine Damen und Herren: Wenn wir hier seriös miteinander umgehen wollen, bringt es nichts, dauernd die Klage nach Bonn zu führen. Wir müssen sehen, wie wir die Umgestaltung des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen aus eigener Kraft realisieren können, wie wir die Finanzströme lenken. Wenn man aber den Einzelplan 20 richtig wertet, ist er die in Zahlen gegossene Hilflosigkeit des Finanzministers und der SPD-Landesregierung zur Finanzpolitik des Landes. In diesem Status der

Hilflosigkeit können wir die vor uns liegenden Zukunftsaufgaben im Grunde nicht gestalten. (C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Frau Kollegin Berger für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordnete Berger (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder einmal soll von Ihrer Fraktion, Herr Dautzenberg, die Finanzpolitik des Landes heruntergeredet werden.

Wenn Sie der Landesregierung hier in einer finanzpolitischen Debatte Passivität im wirtschaftspolitischen Bereich vorwerfen, möchte ich Ihnen einmal sagen: Wir hatten gerade den Gipfel der EU in Essen, und wir hatten vor kurzem den Bundespräsidenten in Essen. Allgemein, auch vom Bundespräsidenten, ist die fortgeschrittene Strukturpolitik im Land Nordrhein-Westfalen, der Strukturwandel, den wir vollzogen haben, anerkannt worden.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, Sie glauben eigentlich selbst nicht, was Sie da sagen. Aber Sie müssen das ja vorbringen, denn es ist bald Wahlkampf. (D)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Frau Kollegin, das ist eine Zeitraumbetrachtung!)

Man muß auch immer berücksichtigen, daß Nordrhein-Westfalen das Land in der Bundesrepublik Deutschland ist, das von allen Ländern am stärksten von den Altindustrien geprägt war. - Aber wollen wir jetzt zum Haushalt kommen.

Es ist eine Tatsache, die wir nicht leugnen können: Der Haushalt, wie ihn der Finanzminister vorgelegt hat, ist ein Sparhaushalt. Mit nur 1 % Steigerung im Bereich der originären Landesausgaben erreicht dieser Haushalt die geringste Steigerungsrate seit Bestehen des Landes Nordrhein-Westfalen. Dies ist vor dem Hintergrund der allgemeinen Kostenentwicklung nicht einfach, heißt das doch, daß in vielen Ausgabebereichen Einschnitte vorgenommen werden mußten. Aber auch dort, wo die Ausgabenansätze lediglich eingefroren worden sind, muß unter dem Aspekt der Preissteigerungsraten kräftig gespart werden.

(Berger [SPD])

- (A) Auch die Änderungsanträge der SPD-Fraktion haben den durch den Haushaltsentwurf des Finanzministers gesetzten Rahmen einer 1%igen Ausgabensteigerung nicht verändert. Wir haben uns in unserer Fraktion die Mühe gemacht, durch unsere Anträge entstehende Mehrausgaben an anderer Stelle im Haushalt wieder einzusparen. Das war nicht einfach, aber es hat sich gelohnt

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das gilt für jede Fraktion!)

- ich komme gleich zu Ihren Anträgen -; denn wir sind wie der Finanzminister der Auffassung, daß die Nettokreditaufnahme zurückgeführt werden muß. Dementsprechend wird die Nettokreditaufnahme, wie im Entwurf des Finanzministers vorgesehen, für das Jahr 1995 trotz erheblicher Mehrbelastung durch die Finanzierung der deutschen Einheit reduziert.

Die aktuelle zweite Ergänzungsvorlage des Finanzministers zum Haushalt 1995 sieht eine weitere Reduzierung vor. Für die nächsten Jahre sind weitere Haushaltsrisiken durch Entscheidungen der Bundesregierung zu erwarten. Diese werden vor allem zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen. Die Koalitionsvereinbarungen bezüglich weiterer Entlastungen im Bereich der Unternehmensteuern sind ein Beispiel; ein anderes Beispiel ist die steuerliche Freistellung des Existenzminimums,

(B)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Richtig!)

wobei es sehr darauf ankommt, wie das gestaltet wird - ob man überhaupt bemüht ist, eine sozial gerechte und auch finanzpolitisch akzeptable Lösung zu finden.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Verantwortbar muß sie sein, ja!)

In seiner letzten Ausgabe weist der "Spiegel" nach, daß die unteren steuerpflichtigen Einkommen demnächst überproportional belastet werden und auch hier wieder eine Gerechtigkeitslücke entsteht.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Hat der Herausgeber dafür seine Zustimmung gegeben?)

Nun aber zu den Anträgen der CDU-Fraktion, wie sie dem Haushalts- und Finanzausschuß vorgelegen haben. (C)

Daß die Opposition Probleme damit hat, wenn eine erfolgreiche Landesregierung Öffentlichkeitsarbeit macht, kann ich ja verstehen. Wir aber können mit Ihrem Antrag, den Verstärkungsansatz im Einzelplan 20 zu streichen, natürlich nicht einverstanden sein;

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das überrascht uns aber!)

denn eine flexible Reaktionsmöglichkeit der Regierung auf neue Entwicklungen halten wir für dringend erforderlich.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß Sie mit Ihren Anträgen vor allem eines beabsichtigen: der Landesregierung jede Flexibilität zu nehmen. So auch mit der beantragten Auflösung der Rücklagen. Doch gerade auch im Hinblick auf die unetstetige Entwicklung der Finanzmärkte sind Rücklagen ja durchaus zweckmäßig.

Besonders betroffen macht uns, daß Sie ausgerechnet die Sonderrücklage auflösen wollen. Das heißt: Sie wollen die Mittel, die für strukturfördernde Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden sollen, dem allgemeinen Haushalt zuführen. (D)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Sie müssen so oder so finanziert werden!)

Doch Rücklagen, die man auflöst, stehen erfahrungsgemäß dann, wenn man sie braucht, nicht umgehend wieder zur Verfügung.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das sind doch gar keine Rücklagen! Wann hat man den Haushalt denn positiv abgeschlossen? - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Das sind politische Rücklagen!)

- Das ist ein Betrag, der für Strukturpolitik ausgewiesen worden ist.

Der Finanzminister hat in seinem Entwurf bereits eine 2%ige Kürzung der Personalstellen in den Verwaltungsbereichen vorgesehen, in denen Organisationsuntersuchungen noch nicht abgeschlossen wurden. 2 % sollen also kw gestellt werden.

(Berger [SPD])

- (A) Sie wollten - allerdings mit Ausnahmen - im gesamten Personalhaushalt weitere 2 % der Stellen mit kw-Vermerken überziehen. Das ist unseres Erachtens eine Rasenmähermethode, die nichts mit einer auf die Funktionsfähigkeit der Verwaltung bedachten Politik zu tun hat.

Auf Ihre weitere Anträge möchte ich im einzelnen nicht mehr eingehen. Nur noch eines aber: Sie machen es sich schon sehr einfach, wenn Sie zur Deckung Ihrer in den Fachausschüssen gestellten Anträge eine globale Minderausgabe von 90 Millionen DM einsetzen wollen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Das ist auf Anregung des Kollegen Trinius zurückgezogen worden!)

- Ja, ich weiß, aber Sie haben das zunächst einmal im HFA so beantragt.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Im letzten Jahr haben Sie 1 Milliarde DM eingestellt!)

- Ja, aber das ist etwas anderes. Das ist folgendermaßen: Wenn die Opposition eine globale Minderausgabe einsetzt, gehe ich davon aus, daß sie zwar auf der einen Seite sagt, wofür sie das Geld ausgeben will, auf der anderen Seite aber nicht sagt, wo sie es einsparen will.

(B)

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Doch!)

Wenn eine Regierung eine globale Minderausgabe einsetzt, ist diese Regierung dafür verantwortlich und hat dafür geradzustehen, wenn es bei Ausgabenkürzungen Konflikte gibt.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesen Konflikten wären Sie heraus gewesen.

(Widerspruch des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Doch inzwischen haben Sie ja all diese Anträge zurückgezogen und zur parlamentarischen Beratung hier nicht mehr vorgelegt. Ich nehme an, das war Einsicht.

Die Anträge der GRÜNEN bringen nichts wesentlich Neues außer nicht verantwortbaren Steigerungen bei den laufenden Ausgaben, die zu großen Teilen durch einmalige Einnahmen wie zum

Beispiel wieder durch den Verkauf von wichtigen Landesbeteiligungen gedeckt werden sollen. Das ist schlichtweg unsolide. (C)

(Zustimmung bei der SPD)

Ich meine schon, daß auch von anderen Fraktionen in diesen schwierigen Zeiten die Mühe erwartet werden kann, Anträge auf Ausgabensteigerungen durch realistische Deckungsvorschläge auszugleichen.

(Beifall bei der SPD)

Doch nun zum Einzelplan 12: Im Unterausschuß "Personal" konnten wir zur Kenntnis nehmen, daß die Fluktuation des Personals in den Finanzämtern zurückgegangen ist. Auch mehr Anwärter als in den vergangenen Jahren wollen sich nach ihrer Ausbildung in den Finanzdienst übernehmen lassen. Das kann man mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehen: Auf der einen Seite ist es ein Zeichen für die wirtschaftliche Lage, die immer noch so angespannt ist, daß der Arbeitsmarkt kaum neue Kräfte aufnimmt, also weniger Personal den Verwaltungen abgeworben wird, auf der anderen Seite bleibt so gut ausgebildetes Personal bei der Finanzverwaltung. Der Finanzminister hat hieraus seine Konsequenzen gezogen und die Stellen für Anwärterinnen reduziert. (D)

Die Fraktion der GRÜNEN beantragt mehr Personal für die Finanzämter.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Damit soll die Steuerhinterziehung bekämpft werden. Auch wir sind für die Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Doch ist uns die Gleichung mehr Personal = weniger Steuerhinterziehung nicht gut genug durchdacht und auch zu simpel.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Einfach und richtig!)

Wir meinen, daß vor allem die technische Ausstattung der Finanzämter weiter vorangetrieben werden muß und erst dann untersucht werden kann, ob weitere Belastungen des Personalhaushaltes verantwortbar sind.

(Beifall bei der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(Berger [SPD])

- (A) Die Finanzverwaltung ist mit dem ADV-Einsatz inzwischen ein gutes Stück vorangekommen.

Wichtig ist für meine Fraktion, daß die Situation der seit längerem mit Zeitarbeitsverträgen bei den Finanzämtern Beschäftigten - mehrheitlich Frauen - verändert wird. Der Finanzminister hat uns zugesagt, daß im Rahmen des Haushaltsvollzugs des nächsten Jahres für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine sozialverträgliche Lösung gefunden wird.

Aus diesem Grunde haben wir von der Bildung eines zunächst diskutierten Stellenpools für diese Beschäftigten abgesehen. Wir werden uns aber Mitte nächsten Jahres zu dieser Problematik einen Bericht des Finanzministers geben lassen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Wickel für die Fraktion der F.D.P.

- (B) Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich das jetzt rheinisch beginnen würde, müßte ich fragen: Ob das all so richtig ist, was wir hier machen? - Es kann doch wohl nicht wahr sein: Voriges Jahr an gleicher Stelle, zur gleichen Zeit, beim gleichen Tagesordnungspunkt hatten wir eine der geheimsten Sitzungen in diesem Lande. Alles, was wir hier erzählen, ist für den Pott. Was wir hier machen, ist Gesäßdemokratie, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß das der Sinn einer Haushaltsberatung ist, und ich wäre wirklich dankbar, wenn sich das Präsidium und der Ältestenrat darüber Gedanken machten, wie man diese Form der Sitzungen in Zukunft etwas anders gestalten kann.

(Beifall bei F.D.P. und SPD - Zuruf des Abgeordneten Mernizka [SPD])

- Die machen ja mittags Schluß. Das wissen wir. Trotzdem sind wir so bescheuert und machen ein solches Spiel hier.

(C) Ich kann auch verstehen, daß der eine oder andere hier einen Stuhlgang der Seele machen muß oder seine Erbsenzählerei vorträgt. Aber wir sollten uns überlegen, wo der Wirkungsgrad des politischen Parlamentarismus bleibt, wenn so etwas stattfindet, wie es hier geschieht. Es kann nicht richtig sein. Deshalb meine herzliche Bitte an alle Verantwortlichen, eine Form zu finden, die das ändert. Denn mit den Argumenten, Leo, die wir heute vorbringen, verhungert man ja, weil das noch nicht einmal jemand für eine Diplomarbeit in zehn Jahren gebrauchen kann. Das ist - wie man rheinisch sagt - für die Katz.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Die Ste-nografen schreiben alles mit!)

Das kann uns allen nur schaden. Denn wenn die Bürger hier jetzt zu Hunderten säßen, würden sie sagen: Die Schmerzen, die die haben, haben wir nicht. Von unseren Sorgen finden wir dort nichts wieder. Damit geht es ans Existentielle. Das haben wir mit in der Hand. Es macht einfach keinen Sinn, Haushaltsberatungen so ablaufen zu lassen, zu dieser Stunde mit diesem geheimen Umfeld. Ich kann das nicht nachvollziehen und verstehe es auch nicht. Ich möchte immer noch haben, daß bei dem, was man tut, ein bißchen Wirkungsgrad erkennbar ist. Der hier geht gegen Null, wenn er nicht schon Null erreicht hat.

(D) Meine Damen und Herren, deshalb auch nicht mehr viel zum Haushalt! Eine herzliche Bitte an den Finanzminister: Die Steuervereinfachung ist eines der Themen, die man sich in Bonn zumindest für die nächsten Jahre vorgenommen hat. Ich wäre von Herzen dankbar, wenn es a) dazu kommt und b) die Länder nicht im Vermittlungsausschuß eventuelle Vereinfachungsgesetze wieder so verwässern würden, daß sie hinterher keine mehr sind, nicht mehr anwendbar sind.

Ich teile die Auffassung der Kollegin Berger, daß einfach - das ist mir noch nicht einmal aus Gründen der Sozialverträglichkeit wichtig - die Mitarbeiter, die die Kettenverträge haben, in feste Arbeitsverhältnisse kommen. Das hat der Finanzminister uns versprochen, und weil ich ihm vertraue, brauche ich dazu auch nichts weiter auszuführen.

Wir haben nur noch einen Punkt, der für uns ausgesprochen schwierig ist. Das ist das berühmte Gutachten von Arthur Andersen zu den Betriebsprüfungsdiensten. Dieses Gutachten ist so nicht

(Wickel [F.D.P.]

- (A) durchsetzbar. Deshalb haben wir gesagt: Es kann nicht wahr sein, daß man, wenn die 10 % Null-Fälle feststellen, 10 % des Personals streichen kann. Hier muß doch ein bißchen mehr nachgedacht werden. Man verlangt ja von uns auch, Stellungnahmen abzugeben, die überzeugend sind - und nicht Dinge, die einfach so aus einer Betriebsüberprüfung abgeleitet sind, die für mich keine ist.

Es kommt noch hinzu - und damit möchte ich zum Abschluß kommen, weil es einfach sinnlos ist, hier weiter zu debattieren -, daß die Haushaltspolitik auch der nächsten Jahre bestimmt schwierig sein wird, weil all die konjunkturellen Tieflagen der Firmen in den vergangenen Jahren und die Investitionen in den neuen Ländern auch im kommenden und im übernächsten Jahr vermehrt zu Abschreibungen genutzt werden. Selbst wenn die Steuerquellen sprudeln, werden wir hier weniger im Haushalt haben, was wir ja schon frühzeitig gesagt haben.

Infolge dessen: Setzen wir nicht auf Steuermehereinnahmen, sondern achten wir darauf, daß auch die nächsten Jahre finanzpolitisch schwer zu gestalten sein werden!

- (B) Im übrigen schließe ich mit der nochmaligen herzlichen Bitte, im nächsten Jahr zu einem anderen Verfahren zu kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wickel, jetzt haben Sie mich endgültig demoralisiert. Man traut sich ja gar nicht mehr, irgend etwas vorzutragen.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Aber da gehen Sie durch, nicht?)

Ich mache es wirklich ganz kurz, möchte aber zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben,

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE] sitzt neben Ministerin Brusis auf der Regierungsbank.)

daß sich rot-grün so schnell und so geräuschlos in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt hat, wie es im Moment der Fall ist. (C)

(Abgeordneter Herder [SPD]: Das glauben Sie aber nur!)

Also: Daß die GRÜNEN auf der Regierungsbank Platz nehmen, erfüllt uns mit Freude und ist uns eine Perspektive.

(Zurufe)

Jetzt komme ich zu unseren Vorschlägen. Den philosophischen Teil lasse ich jetzt einmal weg, sondern komme direkt zu den Details.

Da geht es erstens um Gutachten des Landesrechnungshofs und unseren Finanzierungsvorschlag, nämlich Kürzung der Ausgaben beim Arbeitsstab "Aufgabenkritik". Ich muß schon sagen, das Verfahren, das sich hier abzeichnet, finde ich nachgerade ungeheuerlich: daß nämlich der Finanzminister den Arbeitsstab "Aufgabenkritik" auffordert, die Anforderungen, die der Landesrechnungshof gemacht hat - daß er nämlich 500 000 DM für Gutachten haben möchte -, seinerseits zu beurteilen und zu begutachten, und dann sagt: Ach, so etwas Ähnliches haben wir ja selber schon gemacht; also braucht der Landesrechnungshof kein Geld für Gutachten. (D)

Ich glaube, so geht es nicht. Der Landesrechnungshof muß aus eigenem Recht Geld bekommen, um solche Gutachten in Auftrag geben zu können. Dann kann man im nachhinein gucken, ob diese Gutachten nötig waren oder nicht. Aber jedenfalls ist das zunächst einmal eine Entscheidung des Landesrechnungshofs. Ich möchte nicht, daß sich der Landtag mit einzelnen Gutachtenanforderungen des Landesrechnungshofs befassen muß. Das kann ja wohl nicht wahr sein.

Dann kurz zu Frau Berger! Frau Berger, wenn Sie das wirklich aufrechterhalten wollen, was Sie gerade gesagt haben, dann müßten Sie sich einmal mit der Arbeitsgruppe Steuerausfälle des Finanzministers zusammensetzen. Sie hat ja in ihrem Bericht sehr interessante Formulierungen. Der Bericht ist ja noch gar nicht so alt; ich darf einmal daraus zitieren. In den Empfehlungen der Arbeitsgruppe steht auf Seite 35:

(Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- (A) Die Arbeitsgruppe weist unter dem Aspekt der von ihr für erforderlich gehaltenen stärkeren Mißbrauchsbekämpfung darauf hin, daß dieses Ziel mit einem Personalabbau in der Betriebsprüfung nicht erreicht werden kann. Das Gegenteil wäre erforderlich.

Eindeutiger kann man das eigentlich nicht formulieren. - Und zur Steuerfahndung das gleiche, Seite 30:

Zusammenfassend kommt die Arbeitsgruppe zu dem Ergebnis, daß der Forderung nach einer stärkeren Mißbrauchsbekämpfung im Bereich der Steuerfahndung in erster Linie nur durch Personalverstärkung nachgekommen werden kann.

Eindeutiger kann man das überhaupt nicht formulieren. Die Fachleute im Finanzministerium sind der Auffassung,

(Zuruf der Abgeordneten Berger [SPD])

daß nur durch eine Personalvermehrung eine wirksame Bekämpfung der Steuerhinterziehung möglich ist. Das entspricht ja nun auch der Logik

(Minister Schleißer: Ihrer Logik!)

(B)

und dem gesunden Menschenverstand. Wenn der Personalbestand in den Finanzämtern - in der Betriebsprüfung, in der Steuerfahndung - so ausgedünnt ist, wie er in den letzten Jahren ausgedünnt wurde, dann kann man logischerweise kaum bestreiten, daß entsprechende Steuerausfälle verursacht werden oder, andersherum, daß durch eine maßvolle Verbesserung der Personalausstattung natürlich auch die Steuerhinterziehung bekämpft werden kann.

Dementsprechend haben wir Anträge gestellt, um diesen Personalbestand zu verbessern. Diese Anträge werden von Ihnen voraussichtlich auch diesmal wieder abgelehnt werden. Aber dann müssen Sie sich natürlich draußen kritische Fragen, und zwar zu Recht, gefallen lassen.

Noch ein Wort zu dem sogenannten Stellenpool, also der Problematik der befristeten Stellen und der Aushilfskräfte in der Finanzverwaltung. Sie sind mittlerweile fester Bestandteil der Personalausstattung in den Finanzämtern. Sie sind von der Sache her unverzichtbar, und deswegen ist es notwendig, daß diese Kräfte auch stellenmäßig

abgesichert werden. Wir haben dazu den Vorschlag vorgelegt, 200 Stellen einzurichten. Wir halten das für eine sauberere Lösung als die, die zur Zeit im Haushalts- und Finanzausschuß vorbereitet wird, daß nämlich Mitte des Jahres eine Anforderung kommen soll. Unsere Lösung ist nicht teurer, sondern sie macht lediglich für alle Beteiligten klarer, was Sache ist.

(C)

Ich will als letztes noch auf die Frage der Öffentlichkeitsarbeit zu sprechen kommen. Da gibt es ja den von Herrn Dautzenberg schon angesprochenen Titel 531 00 im Kapitel 20 020, Verstärkungstitel für Öffentlichkeitsarbeit. Dieser Titel dient ja auch zur Verstärkung der geplanten Ozon-Informationskampagne des Umweltministers Matthiesen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Er kann!)

Wir halten das für eine ganz gefährliche Entwicklung. Herr Matthiesen spielt hier mit dem Feuer. Wir können ihn nur dringend auffordern, von dieser Art der Öffentlichkeitsarbeit Abstand zu nehmen. Jedenfalls sollte er hier im Parlament zusichern, daß diese Mittel erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die entsprechenden Gesetze auf Bundesebene verabschiedet sind. - Danke schön.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Finanzminister Schleißer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wickel, ich kann das wirklich nachfühlen, weil es ja vor allen Dingen jetzt darum geht, wie der Kollege Dautzenberg auch sagte, daß die großen Portionen des Haushalts zu vertreten und entsprechende Formen zu finden sind.

Mich stört immer ein wenig - das will ich in den wenigen Minuten, die ich habe, doch sagen -, wenn hier im Lande Nordrhein-Westfalen von einer Finanzengde die Rede ist, als wäre das ein spezielles Problem des Landes. Da sage ich: Wir sollten uns daran gewöhnen, daß Nordrhein-Westfalen mit einer leichten Unterbrechung immer zu den sogenannten finanzstarken Ländern gehört hat, wieder dazu gehört und zu denen gehört, die die Leistungen erbringen, damit in den anderen

(Minister Schleißer)

- (A) Ländern ähnlich gute Haushalte gefahren werden können wie in Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Das ist die Haushaltsenge des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir sollten das zur Kenntnis nehmen. Ich fände, es wäre nicht einmal schlimm, wenn auch Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien stolz darauf wären, zu einem solchen stabilen Land zu gehören.

(Beifall bei der SPD)

Das ist meine erste Anmerkung.

Herr Kollege Dautzenberg, mit der Zinsbelastung: Ich könnte jetzt auch eine entsprechende Zahl für den Bund finden.

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Klar, deshalb können wir uns das schenken!)

Sie haben sie nur hintereinander gebetet. Ich will das auch gar nicht tun, sondern Ihnen nur sagen: Ich würde es als bedrohlich empfinden, wenn in unserer mittelfristigen Finanzplanung, also in der des Landes Nordrhein-Westfalen, eine ähnliche Zinsquote abzulesen wäre, wie sie im Bundeshaushalt gefunden wird.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

- Nein, nein, das sind keine anderen Leistungen. Das ist wieder ein Punkt. Da müßten wir über den Sachverständigenrat reden. Mich sorgen 13 % Zinsquote. Wir werden sie innerhalb der Mittelfristigen Finanzplanung von 12,5 % auf 12 % absenken. Der Bundesfinanzminister muß darüber nachdenken, daß er einen Anteil von 26 % erreicht. Ich sehe noch nicht, daß das dort gestoppt ist.

Man muß sehen, wie die allgemeine Entwicklung verläuft. Das dürfte unter Finanzpolitikern kein Problem sein zu wissen, daß das mit dem neuen Länderfinanzausgleich sozusagen kommuniziert. Das, was an Steuermindereinnahmen entsteht, findet sich im Länderfinanzausgleich wieder.

Aber ich sage Ihnen auch, damit keine Zweifel bestehen: Diese 761 Millionen DM Minus im Länderfinanzausgleich sind eine Schätzgröße, sind

eine gerechnete Größe, stützen sich darauf, daß das Wachstum der Steuern in den neuen Ländern die gleiche Geschwindigkeit behält wie 1994. (C)

Ich habe da meine Zweifel, habe aber trotzdem die schematisierte Steuerschätzung kommagenau übernommen, weil ich mir nicht den Vorwurf machen lassen will, zu Lasten der Gemeinden gewisse Vorsorgen getroffen zu haben. Ich glaube, das ist ein guter, ein vernünftiger Weg.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Wachstumslücke, Herr Kollege Dautzenberg: Wie ist das denn mit der Wachstumslücke zu verstehen? Wenn man ein gewisses Niveau erreicht hat, zu den drei Ländern gehört, die das höchste Bruttoinlandsprodukt auch pro Erwerbstätigen haben, dann sind Zuwachsraten immer niedriger als in anderen Ländern.

Sie können sich doch schlicht auf den Standpunkt stellen, daß in den fünf neuen Ländern alles in Ordnung ist, daß wir unsere Transfers einstellen können, denn so hohe Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes wie in den neuen Ländern werden wir nie wieder erleben. Ist das die Konsequenz?

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Nein, Sie sehen zu statisch auf Wachstumsraten. Sie gehen nicht von den Voraussetzungen aus. Daß von Null aus eine Steigerung um 10 % oder 15 % eine sehr leicht erreichbare Veranstaltung ist, berücksichtigen Sie nicht. Sie sollten es tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Dann kommen Sie, Herr Kollege Dautzenberg, zu dem Ergebnis, man klage gegen Bonn. Ich würde doch wirklich einmal bitten nachzusehen, wo hier in Nordrhein-Westfalen vom Finanzminister gegen Bonn geklagt wird. Es geht darum, daß wir eine Reihe von Problemen haben, bei denen ich davon ausgehe, daß sie in Bonn nur unzulänglich gelöst werden.

Man muß doch nur einmal nebeneinander stellen, was von Nordrhein-Westfalen zum Verfassungsurteil auf den Weg gebracht worden ist, Sicherung des Existenzminimums, und was der

(Minister Schleußer)

- (A) Bundesfinanzminister auf den Weg gebracht hat. Da sage ich: Wer den Anspruch erhebt, daß man zu einer soliden, lang anhaltenden, rechtlich Bestand habenden Finanzierung kommt, der kommt nicht daran vorbei - das wird auch von Objektiven bestätigt -, sich näher an Nordrhein-Westfalen zu orientieren als an der Bundesregierung.

(Zustimmung der Abgeordneten Frau Berger und Trinius [SPD])

Es wird weitergehen. Wir werden es beim Familienlastenausgleich und auch bei der Frage der Unternehmenssteuerreform erleben. Wir gehen da die dritte Stufe an. Ich habe eine Menge dagegen, daß den Gemeinden suggeriert wird, es ginge bei dieser Unternehmenssteuerreform um eine Gemeindefinanzreform. Eindeutig geht es der Bundesregierung um die dritte Stufe der Unternehmenssteuerreform. Das wird so nicht gehen. Ich nehme die Bundesregierung da beim Wort, die ja noch im Mai 1994 - also vor gut einem halben Jahr - gesagt hat: Die Belastung der Unternehmer bei den Ertragssteuern war noch nie so niedrig, wie sie zur Zeit ist. Wir sehen da auch Probleme. Aber das ist nicht das vordringliche Ziel, nicht die vordringliche Aufgabe. Wir werden das auf den Weg bekommen.

- (B) Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit: Kollegin Berger, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie dazu Stellung genommen haben. Das ist ja das Problem der Opposition, daß sie ausschließlich Soll-Zahlen zur Kenntnis nimmt und keine Ist-Zahlen.

Würden Ist-Zahlen zur Kenntnis genommen, hätte man feststellen können, daß in vielen Jahren - ich glaube, in den drei letzten Jahren - ein Soll von 10 Millionen DM dort gestanden hat und ein Ist von null Millionen. So wollen wir das auch beibehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Es gibt gute Gründe, warum das Landesverfassungsgericht gesagt hat, daß Haushaltsspezialität Verfassungsrang hat. Also stellen wir das ein, damit wir auf notwendige Dinge vorbereitet sind, die zu entscheiden sind. Gibt es sie nicht, werden wir das wie 1993 und 1992 machen, und das Ist wird null sein.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Dann können Sie doch außerplanmäßige Ausgaben machen!)

- (C) - Diese Erfahrung habe ich nach Ihrem Klageschritt gesammelt. Diese Erfahrung werde ich nicht noch einmal sammeln; denn in 1994 wird es die ersten Ausgaben dort geben. Wie wir es ja gemeinsam begrüßt haben, gab es den Europa-Gipfel in Essen. Dazu waren auch Landesmittel notwendig. Also: Das Ist 1994 wird nicht null sein, und es waren keine überplanmäßigen Ausgaben notwendig. Sehen Sie: So passend ist dieser Haushaltsansatz, und er wird auch so passend bleiben.

"Rücklagen auflösen!" Der Kollege Schauerte hatte mir noch gesagt: Sie haben die Rücklagen nur gebildet, um in die Landtagswahl mit drastisch reduzierter Kreditaufnahme zu gehen; das war Ihr einziges Ziel. Wir werden sehen: Sie bringen den 95er Haushalt ein und reduzieren dann. - Ich habe es nicht getan. Ich wollte nicht Ihre Wahlkampf-wünsche beflügeln, sondern wir lassen das so.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Was die Wirtschaftlichkeit angeht, Herr Kollege Dautzenberg: Wir haben in der Zwischenzeit über 7 Milliarden DM Floater. Ich sage Ihnen: Die sind noch günstiger als lange oder kurze Kredite. Wir haben eine exzellent arbeitende Kreditabteilung, die gut einkauft, die gut verkauft. Wir haben einen hohen Bruttokreditbedarf, und wir sind da auf einem guten Weg.

(D) "Privatisierungswelle war nicht angekündigt." Ich hatte von Beginn an gesagt: Ich orientiere mich am Markt. Ich habe Ihnen eine ganze Palette von Vorhaben genannt, die dort zur Verfügung stehen können. Wir haben das in der Zwischenzeit umgesetzt. Sie kennen die ansteigende Linie in den entsprechenden Rücklagen für Strukturhilfemittel.

Zum Personal, zur Pension will ich nichts sagen. Es ist auch dafür zu wenig Zeit in einer Minute.

Ich wollte der Kollegin Berger nur noch mit auf den Weg geben: Ich muß mich ausdrücklich bedanken für die Äußerungen zur globalen Minderausgabe. Das ist nämlich die leichte Geschichte der Opposition: Sie beschließt eine globale Minderausgabe und überläßt es der Landesregierung, diese zu erwirtschaften. Darum herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(Minister Schleißer)

- (A) Herr Kollege Wickel: **Steuervereinfachung.** Wir werden nicht nur die drei Punkte Existenzminimum, Familienlastenausgleich, Unternehmenssteuerreform abzarbeiten haben. Wir müssen bei allen drei Maßnahmen fast gleichgewichtig sehen: **Steuervereinfachung auf allen Ebenen.**

Mit der Betriebsprüfung, wissen Sie: Die kw-Stellung ist für 1997; nicht für 1995, nicht für 1996, sondern für 1997. Ich bin sicher, wir werden bis dahin noch eine Reihe von Entwicklungen mitbekommen -

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Privatisierung!)

im Land, im Bund -, und wir werden auch eine Neuorganisation bekommen.

Wir wollen uns unter solchen Gesichtspunkten spätestens 1996/97 ansehen, ob das Bestand hat, ob das nicht ausgedehnt werden muß oder ob wir es aufheben müssen. Ich finde, die Finanzpolitik ist auf einem guten Wege, Herr Kollege Dautzenberg.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dautzenberg [CDU]: Was war denn mit der Privatisierung?)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung.

Wir haben zunächst über den **Einzelplan 12** abzustimmen. Dazu gibt es einen **Änderungsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Gestalt der **Drucksache 11/8157**. Wer diesem Antrag zum **Teilbereich 11** betr. die Kapitel 12 010, 12 050 und 12 090, wobei es sich um die Steuern, die Landesbauten, die WestLB und das GFG handelt, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. **abgelehnt**.

Es ist abzustimmen über den **Einzelplan 12 insgesamt**. Hierzu gibt es eine **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8012**, nämlich den Einzelplan 12 in zweiter Lesung anzunehmen. Wer hierzu seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Beschlußemp-

fehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD (C) gegen die Stimmen der drei anderen Fraktionen und damit der Einzelplan 12 in zweiter Lesung ebenfalls **angenommen** worden.

Wir kommen zum **Einzelplan 20** - Allgemeine Finanzverwaltung -. Hierzu gibt es ebenfalls einen **Änderungsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in **Drucksache 11/8157, Teilbereich 15** betr. Kapitel 20 010, 20 020, 20 030, 20 610 und 20 630, Stichworte: Steuern, Landesbauten, WestLB und GFG. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, mag das Handzeichen geben. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Hiermit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der F.D.P. **abgelehnt** worden.

Dann ist über den **Einzelplan 20** gemäß der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8016** abzustimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen will, der mag das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung und damit der Einzelplan 20 ist in zweiter Lesung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen **angenommen** worden.

Wir haben schließlich über das **Haushaltsgesetz 1995** unsere Entscheidung zu treffen. Hierzu gibt es die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8000**. Sie empfiehlt die Annahme des Haushaltsgesetzes in zweiter Lesung. Wer seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Die Gegenprobe! - Dann ist das Haushaltsgesetz 1995 entsprechend der Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der anderen Fraktionen in zweiter Lesung **angenommen** worden. (D)

Dies bedeutet, daß wir am Ende der zweiten Lesung unserer Haushaltsberatung sind.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung ist über die **Rücküberweisung** des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuß** als federführendem Ausschuß und - gemäß Vereinbarung der Fraktionen - an den **Ausschuß für Kommunalpolitik** zur Mitberatung abzustimmen.

Wer dieser Rücküberweisung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist die Rücküberweisung einstimmig **beschlossen**.

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1995 in der Fassung der Beratungsergebnisse der zweiten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen. Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 2:

Erhöhung des Stromanteils durch Ausbau der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/7604

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Technologie
Drucksache 11/7887

Ich verweise auf den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8145. Ich mache darauf aufmerksam, daß sich bei Annahme dieses Änderungsantrags eine Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses erübrigt, da der Antrag insgesamt einen neuen Wortlaut erhält.

- (B) Ich eröffne hiermit die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Kollege Poulheim spricht für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Poulheim (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion dieses Landtags hat im August 1994 den Antrag auf Erhöhung des Stromanteils durch Ausbau der Wasserkraft in Nordrhein-Westfalen eingebracht. Wir sind davon ausgegangen und wir gehen davon aus, daß die verstärkte Nutzung regenerativer Energien ein öffentliches Anliegen ist. Das gilt auch für die stärkere Nutzung der Wasserkraft.

Der Landtag und die Landesregierung haben in vielen Beschlüssen festgelegt, daß die regenerativen Energien, insbesondere das beachtliche und ungenutzte Potential kleiner Wasserkräfte, verstärkt zur Stromerzeugung eingesetzt werden sollen. Während die Wasserkraft bundesweit einen Anteil von ca. 4,5 Prozent an der Stromerzeugung hat, beträgt dieser in Nordrhein-Westfalen lediglich 0,3 Prozent. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Nordrhein-Westfalen geogra-

phisch gesehen nicht gerade das ideale Land zur Wasserkraftnutzung ist, dürfen wir doch davon ausgehen - Fachleute geben uns da recht -, das derzeitige geringe Potential von 0,3 Prozent erheblich steigern zu können. (C)

Erfreulicherweise sind in Nordrhein-Westfalen auch Weichenstellungen durchgeführt worden, die wir nur begrüßen können. So wurde mit dem verabschiedeten Stromeinspeisegesetz die Wirtschaftlichkeit erheblich verbessert. Das REN-Programm in Nordrhein-Westfalen unterstützt darüber hinaus die Investitionen für Wasserkraftanlagen.

Notwendig ist aber die Verbesserung der wasserrechtlichen Rahmenbedingungen beziehungsweise die Verbesserung und Beschleunigung der Genehmigungsverfahren. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Ich darf sagen, daß er erfreulich fair und sachlich im Wirtschaftsausschuß beraten worden ist. Ebenso erfreulich ist es, daß sich hieraus nach gemeinsamer Ergänzung dieser Änderungsantrag aller Fraktionen dieses Hauses ergeben hat, wie das eben der Herr Präsident bereits sagte.

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

Ich wiederhole: Dem Ausbau und der stärkeren Nutzung der Wasserkraftpotentiale steht die schwierige Rechts- und Genehmigungslage entgegen. Die größten Hindernisse werden aber vielfach von einer einseitig und ökologisch fachorientierten Behörde aufgebaut, wobei versucht wird, der Allgemeinheit vorzumachen, die Wasserkraftnutzung schädige die Umwelt. Es würde hier zu weit führen - wir haben das im Ausschuß diskutiert -, darauf hinzuweisen, daß unter Betrachtung der letzten Jahrzehnte mit Leichtigkeit das Gegenteil zu beweisen ist. Immerhin bestätigen auch die Gegner der Wasserkraft, daß die alternative Nutzung dieses Energieträgers höchste Priorität hat. (D)

Die Wasserkraftbetreiber wollen einmal Altanlagen reaktivieren, zum anderen Wasserkraftwerke neu bauen. Diese Betreiber brauchen also zusätzlich Sicherheit für das eingesetzte Kapital oder für entsprechend aufzunehmende Kredite, was die Laufzeit betrifft.

Ein anderes eklatantes Beispiel für die Rechtsunsicherheit dieser Leute innerhalb der kleinen Kraftwerksbetreiber ist die unterschiedliche Nutzung